

DER LANDRAT DES KREISES HEINSBERG

Heinsberg, 16. Juli 2019

Herrn
Bundesminister Peter Altmaier
Bundesministerium für Wirtschaft
und Energie
Scharnhorststr. 34 - 37
10115 Berlin

Prozess des Kohleausstiegs

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier,

der Kreis Heinsberg liegt als westlichster Kreis der Bundesrepublik Deutschland im Einflussgebiet des Rheinischen Braunkohlereviere mit den Tagebauen Inden, Hambach und Garzweiler. Während das Kreisgebiet durch diese Tagebaue insbesondere in den ökologischen Auswirkungen bezüglich des Wasser- und Naturhaushalts beeinflusst ist, ist der östliche Teil der kreisangehörigen Stadt Erkelenz von der Abbautätigkeit des Tagebaues Garzweiler II mit allen hieraus resultierenden Problemstellungen (z. B. Umsiedlung von Ortschaften) betroffen.

Vor diesem Hintergrund haben sich die Fraktionen des Kreistags und der zuständige Fachausschuss für Umwelt und Verkehr mit der Thematik des Kohleausstiegs befasst und mit großer Mehrheit bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung folgenden Beschluss gefasst:

1. Der Kreistag des Kreises Heinsberg begrüßt die Ergebnisse der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ (Abschlussbericht vom Januar 2019).
2. Der Kreistag begrüßt insbesondere den von der Kommission vorgeschlagenen früheren Braunkohleausstieg im Jahre 2038 sowie einen eventuellen, nochmals vorgezogenen Ausstieg, um die im Pariser Abkommen vereinbarten Klimaziele zu erreichen. Ferner eine gesetzlich zu verankernde Abschaltung abgeschriebener Altanlagen mit hohem Emis-

sionsfaktor, sofern die Versorgungssicherheit gewährleistet ist und darüber hinaus die ebenfalls gesetzlich zu regelnden Strukturhilfen und Anpassungsgelder für die in der Braunkohle Beschäftigten.

3. Der Kreis Heinsberg unterstützt die Bemühungen von Bundes- und Landesregierung zur schnellst möglichen Umsetzung der Empfehlungen der Kommission und appelliert an die Vertreter des Kreises Heinsberg in Bundestag und Landtag, sich im Interesse der vom Braunkohletagebau betroffenen Menschen dafür einzusetzen, damit möglichst schnell Rechtsklarheit geschaffen wird.
4. Der Kreistag stellt sich hinter die am 27.02.2019 vom Stadtrat Erkelenz beschlossene und dem Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen unter Datum vom 28.02.2019 übermittelte „Stellungnahme der Stadt Erkelenz zum Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“.

Sehr geehrter Herr Bundesminister Altmaier, namens der überwältigenden Mehrheit aller politischen Kräfte des Kreises Heinsberg möchte ich Sie eindringlich bitten, alles in Ihren Kräften Stehende zu veranlassen, dass für den hiesigen Raum und insbesondere für die im Tagebaugbiet lebenden und arbeitenden Menschen baldmöglichst Klarheit über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen des Kohleausstiegs geschaffen wird.

Mit freundlichen Grüßen



Stephan Pusch